

1) Zuständigkeit für das Planen und Bauen innerhalb der Landesregierung bündeln

				
<p>Im Mittelpunkt der Wohnungspolitik der CDU Hessen steht das Ziel, dass alle Menschen eine Wohnung zu angemessenen Preisen am allgemeinen Wohnungsmarkt finden können. Bei gleichzeitigem Leerstand in den ländlichen Räumen ist die Schaffung zusätzlichen Wohnraums gerade im Ballungsraum jedoch mit großen Herausforderungen verbunden. Die Anforderungen an neuerrichteten Wohnraum sind, teilweise auch durch den Bundesgesetzgeber getrieben, erheblich angestiegen. Die Baulandentwicklung verläuft nur schleppend, da sich die Kommunen häufig vor damit evtl. verbundenen sprunghaften Kosten (zusätzliche Schulen oder Kitas, Verkehrsinfrastruktur) fürchten.</p> <p>Bei vielen Themenkomplexen der Landespolitik finden sich aufgrund der jeweils spezifischen Fragestellungen und der unterschiedlichen Schwerpunkte der Ministerien getrennte Zuständigkeiten. So ist</p>	<p>Wir teilen Ihre Auffassung: Alle wichtigen Zuständigkeiten und Kompetenzen für den Wohnungsbau in einem Ministerium zu bündeln, ist die erste Voraussetzung, um mehr und schneller bauen zu können. Darauf kommt es an, um wieder bezahlbare Wohnungen für breite Schichten zu schaffen.</p>	<p>Für uns Freie Demokraten ist das Wohnen nicht nur ein existenzielles Grundbedürfnis, sondern auch Ausdruck der eigenen Persönlichkeit. Unser wirtschaftliches, soziales und kulturelles Leben findet in Gebäuden statt. In der Art und Weise wie wir Bauen, drücken wir auch unsere Vorstellungen von der Welt aus. Die Architektur und Gestaltung von Plätzen und des öffentlichen Raumes in einem Ortsteil oder einer Stadt, wirkt sich auch auf die kollektive Identität ihrer Bewohner aus und beeinflusst ihr Selbstbild und Empfinden. Bauen hat eben auch eine emotionale und ästhetische Komponente. Die Bau- und Wohnungspolitik muss deshalb neben der Sicherstellung von ausreichend Wohnraum auch für Qualität und Individualität beim Wohnungsbau und für die Förderung der Baukultur insgesamt sorgen. Deshalb ist qualitätsvolles Planen und Bauen für uns von großer Bedeutung. In</p>	<p>Mit der aktuellen Ressortaufteilung und der hauptsächlichen Zuständigkeit für den Bereich Wohnungsbau und Städtebau durch das Hessische Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (HMUKLV) haben wir in dieser Legislaturperiode gute Erfahrungen gemacht und konnten eine erfolgreiche Bilanz in der Wohnungspolitik erzielen. Insbesondere mit Blick auf Ressourceneffizienz und Flächenverbrauch birgt diese Zusammenlegung von Umwelt und Bauen gute Chancen. Dabei hat die Zusammenarbeit mit den anderen Ressorts der Landesregierung reibungslos funktioniert und es konnten Schnittstellen gut miteinander bearbeitet werden. Daher stehen wir einer weiteren Einbindung des Bereichs Wohnungs- und Städtebau im o.g. Ministerium positiv gegenüber. Zu einer namentlichen Einbindung in der Ministeriumsbezeichnung mit einem</p>	<p>Wir stehen einem - vereinfacht - "Bauministerium" grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber. Mindestens die Bereiche, die mit der Mammut-Aufgabe des Wohnungsbaus zu tun haben, müssen unbedingt wieder in einem Ministerium gebündelt werden. Für wichtiger als die organisatorische Struktur der Landesministerien halten wir aber, dass die Aufgaben mit ausreichend Mitteln ausgestattet werden. Es darf nicht durch Personalmangel zu "Flaschenhälsen" in der Planung kommen. Der Sanierungsstau bei der Infrastruktur muss dringend angegangen werden. Und wir wollen massiv in einen qualitativ hochwertigen öffentlichen Wohnungsbau investieren.</p>

<p>es z.B. sinnvoll, Denkmalschutz und die Verwaltung Schlösser und Gärten in einem Ressort zu koordinieren. Teilweise ist dann einzelfallbezogen eine enge Koordination erforderlich, bspw. bei der Abstimmung baulicher Maßnahmen im Rahmen der Stadtentwicklung. Eine Zusammenlegung kann sinnvoll sein, wenn ein Gesichtspunkt in der weit überwiegen- den Zahl der Fälle dominiert.</p> <p>Vor diesem Hintergrund sprechen wir uns dafür aus, zumindest den Wohnungsbau und hiermit unmittelbar in Verbindung stehende Bereiche in einem eigenen Ministerium zu bündeln.</p>		<p>unserem Programm haben wir verankert, dass wir die Baukultur in Hessen stärker fördern wollen und insbesondere innovative Bau- und Wohnkonzepte mehr Beachtung finden sollen. Das wollen wir u. a. durch Wettbewerbe für Architekten, Bauingenieure und Stadtplaner erreichen. Regionale Architektur und die Verwendung regionaler Baumaterialien (z.B. Holz) hat für uns dabei einen besonderen Stellenwert.</p> <p>Es macht Sinn die Zuständigkeiten für Bauen, Wohnungsbau sowie Landesplanung und Infrastruktur in einem Ministerium zu bündeln, weil das Planen und Bauen von Gebäuden in einem engen Verhältnis zur Raumordnung und Flächennutzung steht und sich unmittelbar auf den Bedarf an Infrastruktur, insbesondere Verkehrsinfrastruktur und Mobilität, auswirkt. Durch einen abteilungsübergreifenden Ansatz wollen wir ganzheitliche Ansätze schneller realisieren. Hessen 2030 heißt für uns auch in der öffentlichen Verwaltung agile Organisationsstrukturen zu etablieren, um die digitale Transformation und neue Trends schneller aufgreifen zu können.</p>	<p>entsprechenden Begriff aus dem Bereich Wohnungsbau, Städtebau u.dgl. sind wir gesprächsbereit.</p>	
---	--	---	---	--